

Manuale sul funzionamento delle cooperative Handbuch zur Funktionsweise von Genossenschaften

Deliverable D.5.02, WP5

Progetto Interreg IV Italia-Austria ID-Coop, N.5324

Identità e cooperativismo in territori di insediamento di minoranze storico-linguistiche

*Interreg Projekt IV Italia-Austria: Identität und Genossenschaftswesen im Siedlungsgebiet
historischer Sprachminderheiten*

Inhaltsverzeichnis / Indice

I. Genossenschaften in Österreich	3
1. Grundprinzipien	3
2. Mitgliedschaft	4
2.1. Wie wird man Mitglied einer Genossenschaft?	4
2.2 Die Rolle der Mitglieder	4
2.3 Haftung der Mitglieder	5
3. Wie setzt sich eine Genossenschaft zusammen?	5
4. Die wirtschaftlichen Aspekte einer Genossenschaft	7
4.1 Revision	7
4.2 Genossenschaftsanteile	8
4.3 Gründungskosten einer Genossenschaft	8
5. Bibliografie und Informationen online	9
II. Cooperative in Italia	10
1. Principi fondamentali	10
2. La società cooperativa	11
2.1 I Soci	11
2.2 Il capitale sociale	13
3. Gli organi di una cooperativa – organi sociali	14
4. Il ristorno	18
5. Libri sociali e registri obbligatori	19
6. Bibliografia ed informazioni online	24

I. Genossenschaften in Österreich

1. Grundprinzipien

Die Genossenschaft basiert auf der Idee des Zusammenschlusses von mehreren Personen mit dem Zweck, ein gemeinschaftliches Interesse oder einen bestimmten Bedarf zu verfolgen. Die Genossenschaft wird deshalb oft als „Selbsthilfevereinigung“ bezeichnet, da ihr Ziel die gemeinsame Selbsthilfe ist.

Der Zweck von Genossenschaften ist die „Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder“ (§1 GenG). Im Zentrum der Genossenschaft steht nicht die Maximierung des Profits, sondern der Nutzen der Mitglieder. Eine Genossenschaft kann aber auch Profit erzielen. Die Bestimmungen über die Berechnung und Verteilung des Gewinns, sowie des Verlustes müssen in dem Genossenschaftsvertrag enthalten sein. Es gibt zudem vereinzelte Beispiele von Sozialgenossenschaften. Die Einführung der Europäischen Genossenschaft (SCE) im Jahre 2003 und die Ausweitung des Tätigkeitsbereichs einer SCE auch auf soziale Zwecke, brachten zudem einen leichten Zuwachs von Sozialgenossenschaften mit sich.

Die Grundprinzipien einer Genossenschaft¹ lassen sich in den folgenden drei Prinzipien zusammenfassen:

- Selbstverantwortung: Die Mitglieder einer Genossenschaft sind gemeinsam für die Geschehnisse und die Wirtschaftsangelegenheiten der Genossenschaften verantwortlich.
- Selbstverwaltung: Die Mitglieder haben alle dieselben Rechte und Pflichten. Durch ihre Geschäftsanteile sind sie Teilhaber der Genossenschaft. Zudem verwalten und kontrollieren sie die Tätigkeiten der Genossenschaften.
- Selbsthilfe: Jedes Mitglied einer Genossenschaft trägt selbst und zusammen mit den anderen Mitgliedern dazu bei, Interesse und Bedürfnisse der Genossenschaft zu verwirklichen.

¹ Vergleiche www.kooperieren.at

2. Mitgliedschaft

2.1. Wie wird man Mitglied einer Genossenschaft?

Die Satzung bestimmt, ob eine Person Mitglied einer Genossenschaft werden kann. Wie bereits im Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“ angeführt, muss es sich um natürliche und/oder juristische Personen handeln, d.h. Privatpersonen, österreichische Unternehmen, ausländische Unternehmen sowie Gebietskörperschaften wie etwa Gemeinden können eine Mitgliedschaft beantragen. Wer als Mitglied aufgenommen wird, bestimmt entweder der Vorstand oder der Vorstand zusammen mit dem Aufsichtsrat. Für die Aufnahme wird eine schriftliche Erklärung (siehe §3 (2) GenG) und die Zeichnung der im Genossenschaftsvertrag bestimmten Anzahl von Geschäftsanteilen vorausgesetzt.

Das Verhältnis zwischen einem Mitglied und der Genossenschaft endet

- Im Falle des Todes des Mitglieds (siehe §5 GenG);
- Aufgrund des Willens des Mitglieds (z.B. Austritt; siehe §5 GenG);
- Aufgrund des Willens der Genossenschaft (z.B. Ausschluss; siehe §5 GenG).

Dabei ist folgendes zu beachten:

- Genossenschaften mit beschränkter Haftung: Die Kündigungsfrist beläuft sich in der Regel auf vier Wochen und wird nach Ablauf des Geschäftsjahres wirksam (§77 (1) GenG).
- Dies gilt ebenso für Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung, falls nicht anders im Genossenschaftsvertrag festgelegt ist (§54 GenG).

Auch die Auflösung einer Genossenschaft endet das Verhältnis zwischen Mitgliedern und der Genossenschaft. Eine Genossenschaft wird aufgelöst

- Wenn die im Genossenschaftsvertrag festgelegte Zeit für die Genossenschaft abläuft;
- Durch einen Beschluss der Genossenschaft;
- Durch die Eröffnung des Konkurses (§36 GenG).

Nach der Auflösung einer Genossenschaft erfolgt die Liquidation (siehe §41- 51 GenG).

2.2 Die Rolle der Mitglieder

Die Rechte der Mitglieder einer Genossenschaft sind im Genossenschaftsgesetz festgelegt. Zu den Grundrechten eines Mitglieds zählt z.B. das Stimmrecht, das Recht einen Antrag in der Generalversammlung zu stellen, sowie das aktive und passive Wahlrecht.

2.3 Haftung der Mitglieder

Genossenschaften entscheiden sich in der Regel für eine beschränkte Haftung der Mitglieder. Dies bedeutet, dass jedes Mitglied „nicht nur mit seinen Geschäftsanteilen, sondern auch noch mit einem weiteren Betrag in der Höhe derselben“ haftet (§76 GenG). Bei einem Anteil von 50 Euro beläuft sich die Haftung demnach auf 100 Euro. Sollten im Falle des Konkurses oder der Liquidation (siehe §41-51 GenG) nicht alle Verbindlichkeiten abgedeckt werden können, können auch Mitglieder zur Haftung gezogen werden.

Dabei sind die unterschiedlichen Bestimmungen für Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung ihrer Mitglieder und Genossenschaften mit beschränkter Haftung ihrer Mitglieder zu beachten, denn

- In Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung (§53-60 GenG), haften die Mitglieder „für alle Verbindlichkeiten der Genossenschaft, insofern zur Deckung derselben im Falle der Liquidation oder des Konkurses die Activen der Genossenschaft nicht ausreichen, solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen“ (§53 (1) GenG).
- Genossenschafter von Genossenschaften mit beschränkter Haftung (§76-86a GenG), haften „nur bis zu einem bestimmten, im Voraus festgesetzten Betrag“ (§2 (2) GenG).

Für weitere Informationen bezüglich der Haftung (beschränkt, unbeschränkt und mit Geschäftsanteil) in Genossenschaften siehe Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“. Für Informationen bezüglich der Haftung der einzelnen Organe einer Genossenschaft, siehe Abschnitt 3.

3. Wie setzt sich eine Genossenschaft zusammen?

Eine Genossenschaft setzt sich aus drei Organen zusammen:

- Generalversammlung;
- Vorstand;
- Aufsichtsrat.

Die **Generalversammlung** entspricht der Gesamtheit der Mitglieder einer Genossenschaft. Die Generalversammlung muss mindestens einmal im Jahr einberufen werden und innerhalb der ersten acht Monate nach Ende des Geschäftsjahrs muss die Generalversammlung über „den Abschluss und den Bericht des Vorstands (§22 (2) GenG), über die Ergebnisverwendung und über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats“ beschließen (§29 (2) GenG).

Die Generalversammlung beschließt weiters über Satzungsänderungen, Verschmelzung oder Liquidation, Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern bzw. gegebenenfalls von Vorstandsmitgliedern und sonstige in der Satzung definierte Sachverhalte. Zur Beschlussfassung müssen mindestens zehn Prozent der Mitglieder anwesend oder vertreten sein.

Aus den Mitgliedern der Generalversammlung werden der Aufsichtsrat und der Vorstand gewählt, wobei auch das Statut der Genossenschaft vorsehen kann, dass der Aufsichtsrat den Vorstand bestellt.

Der **Vorstand** ist das geschäftsführende Organ einer Genossenschaft. Er wird von der Generalversammlung aus der Zahl der Genossenschafter oder deren befugten Vertreter gewählt. Der Aussichtsrat kann zudem, wenn im Genossenschaftsvertrag vorgesehen, den Vorstand bestellen (§15 (1) GenG).

Für den Vorstand gibt es keine vorgeschriebene Mindestanzahl an Mitgliedern, er kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Diese können entweder hauptberufliche oder ehrenamtliche Mitglieder sein oder eine Mischung aus beidem. Es kann außerdem ein Obmann und ein Obmannstellvertreter ausgewählt werden.

Der Vorstand ist ein Kollegialorgan und übernimmt die Verantwortung der Geschäfte und die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Genossenschaft (§17 (1), §18 GenG). Er ist verpflichtet „Beschränkungen einzuhalten, welche in dem Genossenschaftsvertrage oder durch Beschlüsse der Generalversammlung [...] festgesetzt sind“ (§19 GenG).

Bei der Haftung des Vorstands spricht man von einer Verschuldung statt von einer Erfolgshaftung. Das Risiko des Unternehmens trägt die Genossenschaft. Wenn jedoch Mitglieder des Vorstandes „welche in dieser ihrer Eigenschaft außer den Grenzen ihres Auftrags oder den Vorschriften dieses Gesetzes oder des Genossenschaftsvertrages entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden“ (§23 GenG). Vorstandsmitglieder werden nur im Falle der Rechtswidrigkeit, des Verschuldens oder bei Eintritt eines Schadens zur Haftung gerufen, d.h. sie haften nur für Schäden, die aufgrund ihres Handelns, Duldens oder Unterlassens entstanden sind und im Sinne der Bestimmungen der §§ 1293 ff ABGB schuldhaft und rechtswidrig sind. Es besteht zudem ein Sorgfaltsmaßstab, welcher sich nach §1299 ABGB ergibt und dazu dient die Frage zu beurteilen, ob der Vorstand für einen Schadensfall haftungsbegründend ist.

Verstoßen die Vorstandsmitglieder gegen das Genossenschaftsgesetz oder die Satzung (den Genossenschaftsvertrag), kann nur der Aufsichtsrat, welche von der Generalversammlung dazu ermächtigt ist, im Namen und Auftrag der Genossenschaft Klage erheben.

Der **Aufsichtsrat** ist das Kontrollorgan einer Genossenschaft und hat die Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen. Ein Aufsichtsrat wird eingerichtet, wenn die Genossenschaft stets mindestens 40 Arbeitnehmer beschäftigt (§24 (1) GenG).

Wenn nicht anders festgelegt, besteht der Aufsichtsrat aus drei Mitgliedern. Diese werden von der Generalversammlung „aus dem Kreis der Genossenschafter und deren Organmitglieder“ gewählt. (§23 (1) GenG). Die Vorstandsmitglieder sind von der Wahl ausgenommen.

Der Aufsichtsrat muss unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter auswählen, „sofern der Genossenschaftsvertrag nicht die Wahl durch die Generalversammlung vorsieht“ (§24c (1) GenG).

Der Genossenschaftsvertrag, der Aufsichtsrat oder die Generalversammlung können festlegen, dass bestimmte Geschäfte der Genossenschaft nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats getätigt werden können.

Das Genossenschaftsgesetz gibt unter §24 (3) an, welche Geschäfte unter diese Bestimmung fallen können.

Laut dem Genossenschaftsgesetz haften die Mitglieder des Aufsichtsrats einer Genossenschaft für Schäden, welche durch die Nichterfüllung ihrer Aufgaben (Organpflichten) entstanden sind (§24e (6) GenG). Die Haftung des Aufsichtsrats basiert auf schadenersatzrechtlichen Grundsätzen, d.h. dass die Haftung nur dann zum Tragen kommt, wenn der Aufsichtsrat rechtswidrig und schuldhaft gehandelt hat. Auch in diesem Falle kommt der maßgebliche Sorgfaltsmaßstab zum Tragen (siehe §1299 ABGB).

Die Genossenschaft hat das Recht auf Schadensersatz, da die Haftung des Aufsichtsrats der Genossenschaft gegenüber besteht.

4. Die wirtschaftlichen Aspekte einer Genossenschaft

4.1 Revision

Was ist die Genossenschaftsrevision?

Bei einer Revisionsprüfung wird die Genossenschaft „auf die Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtungen ihrer Rechnungslegung und ihrer Geschäftsführung, insbesondere auf die Erfüllung des Förderungsauftrags und die Wirtschaftlichkeit, sowie auf Zweckmäßigkeit, Stand und Entwicklung ihrer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ geprüft (§1 (1) GenRevG).

Was beinhaltet eine Genossenschaftsrevision?

Genossenschaften sind durch die gesetzlichen Vorschriften des Genossenschaftsrevisionsgesetz (GenRevG, siehe Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“) verpflichtet, eine Revision durchzuführen. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die Revision der Genossenschaften muss mindestens alle 24 Monate stattfinden;
2. Kleine Genossenschaften (vgl. §221 (1) UGB; siehe Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“, Abschnitt 2.1) sind verpflichtet, jährlich eine Revision durchzuführen;
3. Genossenschaften, die nach §24 GenG verpflichtet sind einen Aufsichtsrat zu bestellen, haben jährlich eine Revision durchzuführen.

Für Genossenschaften der ersten Kategorie ist eine jährliche freiwillige Prüfung möglich.

Die Revision der Genossenschaft wird durch einen qualifizierten (§13-18a GenRevG), externen Prüfer durchgeführt.

4.2 Genossenschaftsanteile

Beim Beitritt zu einer Genossenschaft (siehe oben), wird vorausgesetzt, dass der Anwärter die im Genossenschaftsvertrag festgelegte Anzahl von Geschäftsanteilen unterzeichnet. Die Anzahl und Höhe der Anteile hängt allein vom Genossenschaftsvertrag ab, es muss jedoch mindestens ein Geschäftsanteil unterzeichnet werden.

Tritt ein Mitglied aus der Genossenschaft aus, können dessen Geschäftsanteile auch an ein anderes Mitglied übertragen werden. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung des Vorstands oder des Vorstands und des Aufsichtsrats.

Entscheidet sich ein Mitglied einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung die Genossenschaft (siehe Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“) zu verlassen, wird ihm nach Ablauf des Geschäftsjahrs der Geschäftsanteil und sonstige Beträge, die ihm aufgrund seiner Rolle in der Genossenschaft zustehen, ausgezahlt (§79 (1) GenG).

Für Mitglieder einer Genossenschaft mit Geschäftsanteilen oder der Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung gelten dieselben Verpflichtungen wie für Genossenschaften mit beschränkter Haftung.

4.3 Gründungskosten einer Genossenschaft

Vergleicht man die Kosten einer Genossenschaftsgründung mit anderen Gesellschaftsformen, kann diese als kostengünstig beschrieben werden.

Bei der Gründung einer Genossenschaft sind folgende Kosten zu beachten:

- die gerichtlichen Eingaben- und Eintragungskosten,
- die Kosten für die Veröffentlichung in (zumeist) der Wiener Zeitung sowie
- Kosten für die Unterschriftsbeglaubigung der gewählten Vorstandsmitglieder.

5. Bibliografie und Informationen online

Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB),

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001622>.

Die Gesetzesgrundlagen der österreichischen Genossenschaften (Deliverable D.5.01, WP5 „Leitfaden zu rechtlichen Anforderungen für die Gründung/Anpassung von Genossenschaften in Italien und Österreich“).

Hofinger, Hinteregger, „Genossenschaften- eine Perspektive für Kommunen“,

http://www.gemeindebund.at/rcms/upload/downloads/RFG_3-2007_samt_Titelbild.pdf.

Österreichischer Genossenschaftsverband, Genossenschaft und Bürgergesellschaft,

http://www.diegenossenschaft.info/genossenschaften/genossenschaften_und_buergergesellschaft.

Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband,

<http://www.gbv.at/Page/View/4111>.

Unternehmensportal der österreichischen Bundesregierung,

https://www.usp.gv.at/Portal.Node/usp/public/content/gruendung/gruendungsfahrplan_gesellschaften/gesellschaftsformen/genossenschaften/83113.html.

Letzer Zugriff am 23.12.2013.

II. Cooperative in Italia

1. Principi fondamentali

Una cooperativa è una società creata da persone fisiche e/o giuridiche che volontariamente decidono di unirsi al fine di soddisfare i propri bisogni economici, sociali e culturali in forma di impresa che risulterà a proprietà comune e gestita democraticamente. Al centro della cooperativa non si pone la massimizzazione del profitto, ma i soci e i loro bisogni. La cooperativa può ovviamente generare profitto, ma quest'ultimo dev'essere reinvestito nella cooperativa stessa. A tal fine, le riserve che l'assemblea dei soci delibera di formare, accantonando una parte degli utili netti di bilancio, sono indivisibili e rimangono nel patrimonio della cooperativa anche dopo l'uscita del socio.

Le principali caratteristiche di una cooperativa sono riassunte nella "Dichiarazione d'identità cooperativa" approvata dall'Alleanza Cooperativa Internazionale a Manchester nel 1995. I valori e principi alla base del movimento cooperativo a livello internazionale sono i seguenti:

- **Il principio 'Porta aperta'**
La cooperativa è sempre aperta a coloro che possono contribuire allo scopo della cooperativa, tuttavia, possono esservi dei criteri di ammissione alla cooperativa. L'entrata e l'uscita di un socio non richiedono modifiche all'atto costitutivo.
- **Il principio 'Una testa, un voto'**
A prescindere della quota di capitale sottoscritta, tutti i soci hanno il diritto ad un voto, unico ed uguale per tutti. Questo permette una gestione comune e democratica.
- **Lo scopo mutualistico**
La cooperativa non persegue scopi di lucro individuali o di poche persone, bensì la realizzazione di scambi mutualistici fra i soci.
- **La natura non speculativa**
Il patrimonio della cooperativa è unico: non può essere suddiviso fra i soci, né la società può essere venduta nel suo complesso. La legge prevede una tassazione ridotta sugli utili, sempre che questi vengano reinvestiti per lo sviluppo della cooperativa stessa.
- **La solidarietà intergenerazionale**
Basandosi sulla sua natura non speculativa, la cooperativa mantiene il patrimonio per le generazioni future, creando riserve indivisibili che non possono essere distribuite ai soci e nel caso di scioglimento, affluiscono ai fondi mutualistici.
- **La mutualità verso l'esterno**
Le cooperative favoriscono anche la creazione di nuove cooperative contribuendo con il 3% dei propri utili ad un fondo mutualistico finalizzato alla promozione e allo sviluppo della cooperazione.
- **Educazione cooperativa e radicamento territoriale**
Attraverso la formazione dei propri soci e del personale, le cooperative cercano di trasmettere informazioni e conoscenza sul cooperativismo anche al di fuori della propria realtà imprenditoriale. Inoltre, le cooperative stringono un forte legame con il territorio in cui operano, supportandone l'economia locale.

2. La società cooperativa

La cooperativa viene definita dal Codice Civile come “una società a capitale variabile con scopo mutualistico” (art.2511, c.c.) e si basa su sette principi fondamentali, che sono evidenziati nella sezione precedente. Per maggiori informazioni sulle cooperative, le distinzioni ed i diversi tipi di cooperazione, si prega di consultare il Deliverable D.5.01, WP5 “Guida ai requisiti giuridici richiesti per la costituzione/modifica delle cooperative in Italia ed Austria”.

La cooperativa si distingue da altre forme di associazione soprattutto per le tre seguenti componenti:

- i Soci;
- il capitale sociale;
- gli organi sociali (vedasi sezione 3).

2.1 I Soci

Il **socio** è una persona giuridica o fisica, che, attraverso l’adesione alla cooperativa non solo ne diviene membro, ma forma anche parte della cooperativa stessa. L’adesione alla cooperativa avviene attraverso la sottoscrizione di una parte del capitale sociale (vedasi sezione seguente 2.2). La legge e l’atto costitutivo attribuiscono ai soci della cooperativa vari diritti e obblighi (vedasi tabella).

Diritti	Obblighi
<ul style="list-style-type: none">• Essere invitato e partecipare alle assemblee e a tutte le altre discussioni che riguardano le azioni della cooperativa;	<ul style="list-style-type: none">• Pagare la quota e le azioni sottoscritte;
<ul style="list-style-type: none">• Votare alle assemblee ordinarie e straordinarie se iscritto da almeno novanta giorni nel libro soci;	<ul style="list-style-type: none">• Osservare lo statuto, i regolamenti adottati dalla cooperativa e le deliberazioni regolarmente assunte dall’organo sociale.
<ul style="list-style-type: none">• Candidarsi alle cariche sociali;	
<ul style="list-style-type: none">• Ispezionare lo scambio mutualistico, ossia ottenere della partecipazione nella compagine sociale.	

Fonte: Legacoopbund, Impresa Cooperativa, 2001: pp.11-12; Provincia Autonoma di Trento, www.trentino.coop)

Per costituire una cooperativa i soci devono essere almeno 3 (art.2522, co.2, c.c.). Il numero dei soci determina le norme alle quali una cooperativa si deve attenere. Se il numero dei soci è compreso fra 3 e 9, essi dovranno tutti essere persone fisiche, ovvero non sono ammesse persone giuridiche. Inoltre la società deve obbligatoriamente attenersi alle norme di una società a responsabilità limitata (S.r.l.).

Se il numero dei soci è uguale o superiore a 9, anche le persone giuridiche (p.es. altre società o enti, oppure un fondo mutualistico o un'associazione riconosciuta) possono essere ammesse in qualità di soci della cooperativa. Quest'ultima dovrà rispettare la normativa riguardante le Società per Azioni (S.p.A.).

Per le cooperative con più di 19 soci, si deve differenziare fra cooperative con un totale attivo patrimoniale inferiore al milione di euro e fra cooperative con un attivo patrimoniale maggiore a un milione di euro. Per quest'ultima, la forma da adottare è la Società per Azioni.

In una cooperativa possono esistere non solo i soci cooperatori (o ordinari), ma sono ammesse anche **altre categorie di soci**.

- I soci cooperatori: sono coloro che partecipano allo scambio mutualistico e che ne traggono un vantaggio economico diretto. Entrano in questa categoria i soci lavoratori, i soci consumatori ecc.
- I soci volontari: si tratta di persone fisiche che offrono la loro attività gratuitamente alla cooperativa. I soci volontari sono ammessi solo nelle cooperative sociali e non possono ricevere alcun compenso per le loro attività, se non il rimborso delle spese effettuate sulla base di norme stabilite dalla cooperativa sociale.
- I soci finanziatori: essi sono coloro che finanziano la cooperativa. La loro remunerazione consiste in dividendi. Il legislatore limita la loro influenza attraverso norme specifiche (p.es. limitato diritto di voto).
- I soci sovventori: sono persone fisiche o giuridiche che appartengono ai soci finanziatori e alimentano mediante speciali conferimenti la costituzione di fondi per lo sviluppo tecnologico oppure per la ristrutturazione o il potenziamento aziendale. Generalmente sono solo presenti in cooperative che adottano le norme delle Società per Azioni.
- I soci speciali: l'atto costitutivo di una cooperativa può ammettere soci cooperatori "speciali", ossia soci che esercitano un periodo di 'prova' all'interno della cooperativa. Essi sono coloro che necessitano di una formazione prima di essere ammessi come soci 'ordinari'.

Come diventare socio di una cooperativa?

L'atto costitutivo di una cooperativa stabilisce le norme e i requisiti per l'ammissione dei nuovi soci e la relativa procedura (art.2527, c.c.). Su domanda dell'interessato, il consiglio di amministrazione o l'amministratore unico deliberano sull'ammissione e verificano se l'interessato possiede i requisiti richiesti dalla legge, dallo statuto o dal regolamento. La deliberazione verrà poi comunicata all'interessato.

Qualora si decida di ammettere l'interessato, l'organo amministrativo deve provvedere all'annotazione di tale ammissione nel libro dei soci (art.2528, co.1, c.c.). Per informazioni sui libri sociali e i registri obbligatori, etc., vedasi sezione 5.

Il rapporto fra il socio e la cooperativa si conclude:

- nel caso di morte del socio (art.2534, c.c.);
- per sua volontà (p.es., recesso);
- per volontà della cooperativa (p.es., esclusione).

Liquidazione

Nel caso di cessazione del rapporto fra il socio e la cooperativa, la liquidazione della quota “ha luogo sulla base del bilancio dell’esercizio in cui si sono verificati il recesso, l’esclusione o la morte del socio” (art.2535, co.1, c.c.). Se non fissato diversamente nello statuto, al socio spetta la liquidazione della sua parte. Rispetto alle norme vigenti, il pagamento al socio deve avvenire entro 180 giorni dall’approvazione del bilancio.

Responsabilità per le obbligazioni sociali

Sia nel caso che la cooperativa debba attenersi alla normativa riguardante le società a responsabilità limitata, sia che debba osservare quella relativa alle società per azioni, per le obbligazioni sociali risponde soltanto la società con il suo patrimonio (vedi artt.2462 e 2325, c.c.). Pertanto anche il singolo socio risponde delle obbligazioni sociali con quanto versato per le quote o azioni sottoscritte (responsabilità limitata).

2.2 Il capitale sociale

Il capitale sociale consiste nei contributi dei soci alla cooperativa, effettuati normalmente in denaro, salvo diverse disposizioni statutarie nel caso di conferimenti in natura. Il capitale sociale può essere diviso in quote nel caso di cooperative con meno di 9 soci e a cui, quindi, si applicano le norme per le società a responsabilità limitata, oppure in azioni nel caso di cooperative con almeno 9 soci e che si attengono alle norme per le società per azioni. Secondo la legge, il valore nominale di ciascuna quota o azione né può essere inferiore a 25 euro, né superare i 500,00 euro. Inoltre, nessun socio in qualità di persona fisica può avere una quota superiore a 100.000,00 euro (art.2525, co.1, c.c.). Questo limite non si applica ai soci diversi dalle persone fisiche, ai sottoscrittori degli strumenti finanziari dotati di diritti di amministrazione e ai conferimenti in natura (art.2525, co.4, c.c.).

3. Gli organi di una cooperativa – organi sociali

Una cooperativa si compone di diversi organi, i quali possono essere individuali (p.es., l'amministratore unico) o collegiali (p.es., l'assemblea dei soci). Gli organi di una cooperativa sono i seguenti:

- L'assemblea dei soci;
- Il consiglio di amministrazione;
- Il collegio sindacale;
- Il revisore legale dei conti.

L'**Assemblea dei soci** è l'organo che esprime la volontà sociale, ossia quella dei soci, che poi verrà attuata dall'organo amministrativo. L'assemblea possiede la competenza di adottare le seguenti decisioni (cfr. art.2479, c.c.):

- La nomina e la revoca degli amministratori (art.2383, co.1, c.c.), del collegio sindacale e del revisore legale dei conti;
- L'approvazione del bilancio annuale e la relativa destinazione degli utili o l'imputazione delle perdite;
- L'approvazione dei regolamenti interni che disciplinano i rapporti tra i soci e la cooperativa;
- La determinazione del compenso degli amministratori e dei sindaci, nonché l'esercizio dell'azione di responsabilità nei confronti degli amministratori e dei sindaci.

L'assemblea può essere ordinaria o straordinaria, a seconda del tipo di decisioni da intraprendere (art.2368, c.c.). L'assemblea è straordinaria se delibera riguardo:

- Modifiche dello statuto;
- La nomina, sostituzione e i poteri dei liquidatori;
- Altre materie attribuite dalla legge all'assemblea.

In alcune circostanze, la legge prevede anche lo svolgimento di assemblee separate (vedasi art.2540, c.c.).

L'assemblea dei soci viene convocata dagli amministratori almeno una volta all'anno, entro il termine stabilito nell'atto costitutivo e "comunque non superiore a 120 giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale" (art.2364, co.2, c.c.). Un termine prolungato di 180 giorni è possibile qualora sia previsto dallo statuto, la società sia tenuta alla redazione del bilancio consolidato e ricorrano particolari esigenze.

La convocazione deve specificare le modalità di svolgimento (giorno, ora, luogo) e l'ordine del giorno (art.2366, c.c.). Occorre verificare l'avvenuto ricevimento dell'avviso da parte dei soci.

All'assemblea possono partecipare tutti i soci purché iscritti nel libro dei soci. Hanno diritto di voto coloro che ne sono iscritti da almeno 90 giorni. Ad ogni socio spetta un voto, salvo stabilito diversamente nello statuto (ad un socio-persona giuridica possono essere anche attribuiti più voti, ma non più di cinque; art.2538, co.3, c.c.). Il diritto può essere limitato o il socio deve astenersi dal voto qualora:

- non abbia pagato la sua quota;
- vi sia conflitto d'interessi fra il socio e la cooperativa;
- il socio venga rappresentato da altra persona non socia.

Le deliberazioni dell'assemblea avvengono tramite voto a maggioranza semplice, salvo quanto previsto diversamente dall'atto costitutivo. Le deliberazioni vincolano tutti i soci, anche se non sono intervenuti o se sono dissenzienti. Le deliberazioni possono essere impugnate, qualora si sospetti che non siano in conformità con la legge o se assunte in violazione della stessa.

Il **consiglio di amministrazione** è responsabile di gestire la cooperativa, secondo l'indirizzo strategico determinato dall'assemblea dei soci e nei limiti fissati dallo statuto. Il consiglio di amministrazione è subordinato all'assemblea dei soci, la quale ne elegge i membri. L'amministrazione può essere affidata a più persone e quindi ad un consiglio di amministrazione, oppure ad una sola persona, che diventerà, quindi, l'amministratore unico.

Come menzionato, la nomina degli amministratori spetta all'assemblea salvo la nomina dei primi amministratori che vengono nominati già nell'atto costitutivo. Inoltre, la nomina di uno o più amministratori può essere attribuita allo Stato o ad enti pubblici se così previsto dall'atto costitutivo (art.2542, co.1 e 4, c.c.). La legge richiede che la maggioranza degli amministratori venga scelta tra i soci cooperatori oppure tra le persone indicate da quei soci cooperatori che siano persone giuridiche (art.2542, co.2, c.c.). La nomina e l'assunzione degli amministratori può essere subordinata al possesso di tre principi: onorabilità, professionalità ed indipendenza (art.2387, co.1, c.c.).

Per formalizzare la loro nomina, gli amministratori devono chiedere l'iscrizione nel registro delle imprese indicando per ogni amministratore le proprie generalità, ossia: nome e cognome, luogo e data di nascita, domicilio e cittadinanza. Inoltre, devono specificare a chi degli amministratori è stata attribuita la rappresentanza della società (art.2383, co.4, c.c.).

Come anticipato, all'interno del consiglio degli amministratori viene eletto il rappresentante legale: il Presidente. In qualità di rappresentante legale della cooperativa, egli è anche responsabile della convocazione del consiglio di amministrazione, fissandone l'ordine del giorno e coordinandone i lavori (art.2381, co.1, c.c.).

Gli amministratori si assumono la responsabilità dei propri atti.

Il consiglio di amministrazione ha alcune competenze tassativamente indicate dalla legge e che non sono delegabili, come, p.es.:

- La convocazione dell'assemblea;
- La predisposizione del bilancio di esercizio;
- La formazione dei regolamenti da sottoporre all'approvazione dell'assemblea;
- L'ammissione, l'accettazione dell'istanza di recesso dei soci e l'esclusione dei soci.

Gli amministratori possono rimanere in carica per un periodo massimo di tre esercizi e possono essere rieletti. Il loro mandato scade "alla data dell'assemblea convocata per l'approvazione del bilancio relativo all'ultimo esercizio della loro carica" (art.2383, co.2, c.c.). Tuttavia, la carica può cessare anche per revoca, rinuncia o decadenza. In particolare:

- La scadenza del termine si verifica quando il consiglio di amministrazione viene ricostituito.
- L'assemblea dei soci può decidere in qualsiasi momento di revocare gli amministratori (art.2383, co.2, c.c.), anche in assenza di una motivazione da parte del assemblea. In questi casi, l'amministratore ha diritto ad un risarcimento del danno.
- L'amministratore può rinunciare al suo incarico, comunicando la rinuncia al consiglio d'amministrazione ed al presidente del collegio sindacale.
- Nel caso in cui un amministratore viene a mancare per altri motivi, gli amministratori restanti devono provvedere a sostituire l'amministratore mancante (vedasi art.2386, c.c.).

La cessazione della carica di uno o più amministratori, qualunque ne sia la causa, deve essere resa nota

Sistemi di amministrazione alternativi (Legacoopbund, 2011:21)

Con la riforma del diritto societario del 2003 (entrata in vigore il 1.1.2004) sono stati introdotti nuovi sistemi di amministrazione:

- Per le cooperative che applicano le norme delle società con responsabilità limitata, ossia con un numero di soci fra 3 e 9, si può optare fra:
 - o Amministrazione congiunta: gli amministratori operano assieme gli atti da compiere. Questa forma di amministrazione richiede il consenso di tutti i soci per compiere le attività.
 - o Amministrazione disgiuntiva: ogni amministratore lavora indipendentemente e può anche opporsi all'operazione di un altro amministratore.
- Per le cooperative che applicano le norme delle società per azioni, ossia con un numero di soci superiore a 9, si può optare fra:
 - o Sistema tradizionale: è composto dall'assemblea dei soci e dal consiglio di amministrazione.
 - o Sistema dualistico: la gestione della società spetta al consiglio di gestione, mentre il controllo viene esercitato del consiglio di sorveglianza. Quest'ultimo è nominato dall'assemblea dei soci, mentre il consiglio di gestione è nominato dal consiglio di sorveglianza.
 - o Sistema monistico: il consiglio di amministrazione svolge la funzione di gestione della cooperativa. Per la funzione di controllo, il consiglio nomina il comitato per il controllo sulla gestione che poi la esercita.

tramite comunicazione al registro delle imprese entro trenta giorni (art.2385, c.c.).

Al **collegio sindacale** spetta la funzione di controllo della società cooperativa. Una cooperativa deve obbligatoriamente nominare un collegio sindacale (indipendentemente dalla forma societaria adottata, se S.r.l o S.p.A.), qualora:

- lo statuto lo preveda;
- la cooperative emetta strumenti finanziari non partecipativi (art.2543, co.1, c.c.);
- il capitale sociale non sia inferiore a quello minimo stabilito per le società per azioni ossia superiore a 120.000,00 Euro (art.2477, co.2, c.c.);
- per due esercizi consecutivi siano stati superati due dei seguenti limiti:
 - o totale dell'attivo superiore a 3.125.000 euro;
 - o ricavi superiori a 6.250.000 euro;
 - o media dei dipendenti nell'anno maggiore a 50 (art.2435-bis, co.1, c.c.).
- la cooperativa sia tenuta alla redazione del bilancio consolidato (art.2477, co.3, c.c.);

- dalla cooperativa venga controllata una società obbligata alla revisione legale dei conti (art.2477, co.3, c.c.).

I compiti principali del collegio sindacale consistono in:

- vigilare sull'osservanza della legge e dello statuto;
- vigilare sul rispetto dei principi di corretta amministrazione ed, in particolare, sull'adeguatezza dell'assetto organizzativo, amministrativo e contabile adottato dalla società sul suo concreto funzionamento (art.2429, co.1, c.c.);
- esercitare il controllo legale dei conti nei casi di denuncia al tribunale (nel caso di fondato sospetto che gli amministratori, in violazione dei loro doveri, abbiano compiuto gravi irregolarità nella gestione della società) secondo l'art.2409-bis del codice civile.

Il collegio sindacale si compone di tre o cinque membri effettivi, soci o non soci, e di due supplenti. Devono essere scelti almeno un membro effettivo e un supplente tra gli iscritti nel registro dei revisori legali istituito presso il Ministero della Giustizia. Se i restanti membri non sono iscritti negli appositi registri, "devono essere scelti fra gli iscritti agli albi professionali individuati con decreto del Ministero della Giustizia, fra i professori universitari di ruolo, in materie economiche e giuridiche" (art.2397, c.c.).

Qualora il collegio sindacale sia incaricato di svolgere la revisione contabile, i sindaci devono essere tutti revisori legali dei conti iscritti nell'apposito registro.

Il collegio sindacale viene nominato dall'assemblea dei soci (art.2477, co.6, c.c.). Possono rimanere in carica per tre esercizi e il loro mandato scade con la data dell'assemblea convocata per l'approvazione del bilancio relativo al loro ultimo esercizio. Come nel caso di nomina degli amministratori, la nomina dei sindaci dev'essere iscritta nel registro delle imprese indicandone i dati anagrafici. Il presidente del collegio sindacale viene eletto dall'assemblea (art.2398, c.c.).

Il **revisore legale dei conti** è responsabile della verifica della regolare gestione della contabilità sociale e della corretta rilevazione dei fatti di gestione nelle scritture contabili della cooperativa. La revisione può anche essere esercitata da una società di revisione legale iscritta nell'apposito registro (art.2409-bis, co.1, c.c.).

Se la cooperativa non è obbligata a redigere il bilancio consolidato, lo statuto può prevedere che la revisione legale dei conti venga esercitata dal collegio sindacale. In questo caso, il collegio sindacale deve essere costituito da revisori legali iscritti nell'apposito registro (art.2409-bis, co.2, c.c.).

Nei casi in cui, invece, la cooperativa rediga il bilancio consolidato, abbia emesso strumenti finanziari o adottato sistemi alternativi di amministrazione (p.es., il sistema monistico e dualistico), la revisione legale dei conti dev'essere esercitata da un revisore o da una società di revisione. In alcune regioni, p.es., nel Trentino-Alto Adige, la revisione legale dei conti può essere svolta anche da associazioni di rappresentanza (p.es., le centrali delle cooperative).

La durata dell'incarico di revisore legale dei conti è fissata in tre esercizi e è rinnovabile per tre anni. La revisione deve essere effettuata almeno una volta ogni due anni, con l'eccezione delle cooperative sociali (vedasi l.381/1991) e di quelle edilizie (vedasi l.59/1992) per le quali è richiesta la revisione annuale obbligatoria. La revisione deve concludersi entro 30 e novanta giorni.

Entro ulteriori 30 giorni dal ricevimento dei risultati conclusivi della revisione, il Ministero e le Associazioni di rappresentanza devono redigere l'Attestato di Revisione secondo il modello approvato dal Ministero delle Attività produttive.

4. Il ristorno

Il ristorno è “una forma di vantaggio mutualistico commisurato agli scambi intervenuti tra il socio e la cooperativa” (Legacoop Bologna & Legacoop Imola, 2010:101). Il ristorno cooperativo non è una remunerazione ai soci del loro capitale investito, ma una remunerazione differita dello scambio mutualistico.

Per l'attribuzione del ristorno ai soci è necessario che l'erogazione dello stesso sia prevista dallo statuto della cooperativa.

L'entità del ristorno dev'essere determinata dagli amministratori, al termine dell'esercizio, ossia quando viene redatto il bilancio, sulla base dell'avanzo di gestione dell'esercizio.

Dipende del tipo di scambio mutualistico che il socio ha con la cooperativa, in quale modo il ristorno verrà erogato. In particolare, esso potrà considerarsi:

- (nel caso delle cooperative di produzione e lavoro) ad integrazione della retribuzione, ma non in misura superiore al 30% della retribuzione annua;
- in forma di rimborso di parte dei costi sostenuti per l'acquisto dei beni o servizi acquistati dalla cooperativa;
- in forma di aumento del prezzo pagato dalla cooperativa al socio per il proprio apporto di beni e servizi (Legacoopbund, 2011:29).

Tuttavia, si noti che il ristorno non può essere erogato qualora, p.es., l'atto costitutivo o lo statuto non lo prevedano, non vi sia alcun avanzo di gestione allo scambio mutualistico o vi siano perdite pregresse che debbano, quindi, essere coperte con gli utili.

5. Libri sociali e registri obbligatori

Le cooperative, così come le società di capitali, devono tenere obbligatoriamente la seguente documentazione:

Libri sociali

Nei libri sociali sono contenuti tutti gli atti della cooperativa relativi alla sua attività, la composizione degli organi e le deliberazioni. Il consiglio di amministrazione o l'amministratore unico è responsabile della loro regolare tenuta.

Prima di essere utilizzati, i libri sociali devono essere numerati progressivamente in ogni pagina e bollati in ciascun foglio presso la Camera di Commercio (ovvero il registro delle imprese della provincia dove la cooperativa ha la sede) o il notaio.

Nel compilare i libri sociali, la cooperativa deve rispettare le seguenti indicazioni:

- non devono essere lasciati spazi bianchi;
- non si devono inserire interlinee;
- non vi devono essere alcun tipo di abrasione o cancellazione.

I libri sociali che le cooperative devono tenere, indipendentemente della loro forma societaria, sono elencati nell'art.2421 del codice civile e sono i seguenti:

- 1) Libro dei soci: in esso vanno indicati il cognome, nome, data e luogo di nascita, domicilio, nazionalità, professione e codice fiscale dei soci. Inoltre, devono essere inseriti le sottoscrizioni e i versamenti effettuati relativamente alle quote e alle azioni, le variazioni nelle persone dei soci, le deliberazioni di ammissione di nuovi soci, i trasferimenti di quote e azioni ed, infine, le deliberazioni relative al recesso, la decadenza e l'esclusione di soci.
- 2) Libro delle adunanze e deliberazioni (verbali) delle assemblee dei soci: in questo libro vengono riportati tutti i verbali delle assemblee dei soci e le deliberazioni prese. Il verbale dev'essere sottoscritto dal presidente e dal segretario o dal notaio e, secondo l'art.2375, co.1, del codice civile, deve contenere "la data dell'assemblea e, anche in allegato, l'identità dei partecipanti e il capitale rappresentato da ciascuno; deve altresì indicare le modalità e il risultato delle votazioni e deve consentire, anche per allegato, l'identificazione dei soci favorevoli, astenuti o dissenzienti". Inoltre devono essere riassunte, su richiesta dei soci, le loro dichiarazioni pertinenti all'ordine del giorno. I verbali dell'assemblea straordinario dev'essere redatto da un notaio.
- 3) Libro delle adunanze e deliberazioni (verbali) del consiglio di amministrazione (o del consiglio di gestione, se sistema dualistico): in questo libro vengono riportati tutti i verbali del consiglio di amministrazione e le deliberazioni prese.
- 4) Libro delle adunanze e deliberazioni (verbali) del collegio sindacale ovvero del consiglio di sorveglianza o del comitato per il controllo sulla gestione (se esistenti): vengono riportati i verbali delle riunioni del Collegio Sindacale, i risultati delle verifiche trimestrali e gli esiti delle ispezioni

fatte alla cooperativa. Il libro è tenuto a cura dei sindaci, del consiglio di sorveglianza oppure del comitato per il controllo sulla gestione.

Libri contabili

I libri contabili che devono essere obbligatoriamente tenuti sono il libro giornale e il libro inventari, che rispecchiano le attività della cooperativa dal punto di vista economico e finanziario.

- Libro giornale: deve indicare giorno per giorno le operazioni relative all'esercizio dell'impresa, anche se le annotazioni non devono essere fatte ogni giorno. È importate l'andamento cronologico delle operazioni.
- Libro inventari: deve contenere l'inventario dell'esercizio dell'impresa. Successivamente ogni anno devono essere inseriti indicazioni e valutazioni delle attività e delle passività.

Altri libri

Oltre ai libri menzionati, le cooperative hanno l'obbligo di tenere i registri IVA (registro IVA degli acquisti e il registro delle fatture emesse o dei corrispettivi) e registri dei beni ammortizzabili. Vedasi sintesi nelle tabelle inserite di seguito tratte da Federazione Regione Lombardia, LEGACOOP Regionale Cooperative e Mutue della Lombardia, CONFCOOPERATIVE Unione Regionale della Lombardia, "Diventare Cooperativa. Guida Pratica: Informazioni di Base", <http://www.legacoop.mantova.it/legacoop/diventarecoop.pdf>, pp.22-23.

LIBRI E REGISTRI PREVISTI DALLA DISCIPLINA FISCALE	
IMPOSTE DIRETTE	IMPOSTE INDIRETTE I.V.A.
<ul style="list-style-type: none"> • LIBRO GIORNALE • LIBRO DEGLI INVENTARI • LIBRO DEI CESPITI AMMORTIZZABILI • REGISTRO RIEPILOGATIVO DI MAGAZZINO (solo in particolari casi) • REGISTRO DEI CONTI INDIVIDUALI 	<ul style="list-style-type: none"> • REGISTRO FATTURE DI ACQUISTO • REGISTRO FATTURE DI VENDITA • REGISTRO DEI CORRISPETTIVI • REGISTRO DI CARICO DEGLI STAMPATI FISCALI

LIBRI E REGISTRI PREVISTI IN MATERIA DI LAVORO
1 - LIBRO MATRICOLA
2 - LIBRO PAGA
3 - REGISTRO DEGLI INFORTUNI

LIBRI E REGISTRI AUSILIARI art.2214 C.C. indicativamente possono così individuarsi:
1 - REGISTRO DI PRIMA NOTA CASSA
2 - SCHEDARIO CLIENTI/FORNITORI
3 - SCHEDARIO SOCI
4 - SCHEDARIO C/CORRENTI BANCARI

LIBRI SOCIETARI	
Verbale di assemblea	Viene redatto nel corso delle assemblee, nonché stilato e firmato da un segretario e dal presidente dell'assemblea.
Verbale del consiglio di amministrazione	Si redige nel corso del Consiglio di Amministrazione.
Verbale del collegio sindacale	Viene redatto nel corso della riunione del collegio sindacale. Si annotano tutti gli interventi riguardanti l'analisi periodica della conduzione amministrativa dell'azienda.
Libro soci	Sono qui indicati nomi di tutti i soci e le relative informazioni di ogni singolo componente. Si annotano gli eventuali provvedimenti oltre alle nuove ammissioni, cessioni, esclusioni e casi di morte. Per le imprese cooperative edilizie va tenuto anche un libro di Aspiranti soci.

LIBRI FISCALI	
Libro giornale	E' la registrazione cronologica dell'attività economica della cooperativa, delle spese e degli acquisti catalogati giorno dopo giorno e di tutte le operazioni finanziarie e contabili. Deve essere aggiornato entro 60 gg.
Inventario	Si redige all'inizio dell'esercizio e successivamente ogni anno. Contiene indicazioni e valutazioni sulle attività e passività dell'impresa. Si chiude con il bilancio.
Registri Iva	Raggruppano tutte le fatture emesse dalla cooperativa e tutte quelle ricevute. Inizialmente devono essere vidimati dall'Ufficio IVA.
Registro beni ammortizzabili	Va vidimato prima della sua apertura. Sono qui elencati gli acquisti della cooperativa di beni utili e necessari all'attività della società che potranno in seguito essere ammortizzati.
Libri di magazzino	Utilizzati dalle cooperative con obbligo di contabilità di magazzino.

LIBRI PER I RAPPORTI DI LAVORO
Riguardano i dipendenti della cooperativa e sono obbligatori. Si tratta del Libro Paga, Libro Matricola, Registro Infortuni. I primi due dovranno essere vidimati dall'INPS o dall'INAIL, il terzo dall'USL.

Tabelle ed immagini tratte da: Federazione Regione Lombardia, LEGACOOOP Regionale Cooperative e Mutue della Lombardia, CONFCOOPERATIVE Unione Regionale della Lombardia, "Diventare Cooperativa. Guida Pratica: Informazioni di Base", <http://www.legacoop.mantova.it/legacoop/diventarecoop.pdf>, pp.22-23.

TENUTA LIBRI SOCIALI E CONTABILI

TERMINI DI AGGIORNAMENTO

LIBRO GIORNALE		60 GIORNI	
REGISTRI IVA	VENDITE: — ACQUISTI: —	15 GIORNI DA EMISSIONE FATTURA] SE MECCANIZZATA STAMPA 60 GIORNI
		ENTRO MESE SUCCESSIVO DA DATA RICEVIMENTO	
REGISTRO CORRISPETTIVI		ENTRO GIORNO SUCCESSIVO NON FESTIVO	
REGISTRO BENI AMMORTIZZABILI		ENTRO PRESENTAZIONE MOD. 760	
REGISTRI ALLEVAMENTO E MAGAZZINO		ENTRO 60 GIORNI	

MODALITA' DI TENUTA: Scritture indelebili, senza cancellature, abrasioni, spazi in bianco ed interlinee.
 Verbali firmati.
 Su registri IVA e GIORNALE scritturazione cronologica.

TERMINI DI CONSERVAZIONE:
 Per il Codice Civile 10 anni.
 Per il Fisco (D.P.R. 600/73) le scritture contabili devono essere tenute finchè non siano definiti gli accertamenti relativi al corrispondente periodo di imposta (5 anni per chi ha fatto condono ex Legge 413/91, 7 anni per gli altri)
 Per lo stesso periodo devono essere conservate lettere, telegrammi, fatture.

Tratto da: Federazione Regione Lombardia, LEGACOOP Regionale Cooperative e Mutue della Lombardia, CONFCOOPERATIVE Unione Regionale della Lombardia, "Diventare Cooperativa. Guida Pratica: Informazioni di Base", <http://www.legacoop.mantova.it/legacoop/diventarecoop.pdf>, p.24.

6. Bibliografia ed informazioni online

Codice civile e altri riferimenti legislativi (vedasi anche Deliverable D.5.01, WP5 “Guida ai requisiti giuridici richiesti per la costituzione/modifica delle cooperative in Italia ed Austria”).

Assessorato alla Cultura, Rapporti Europei e Cooperazione della Provincia Autonoma di Trento, <http://www.trentino.coop/index.php/ita/InfoCoop/Costituire-una-coop/l-principi-fondanti>.

Associazione Generale delle Cooperative Italiane, <http://www.agci-toscana.it/contenuti/index.php?hC=MjgsNjEsNjMs>.

Camera di Commercio di Macerata, La vigilanza e la revisione cooperativa, http://www.lavoro.gov.it/DPL/MC/Documents/vigilanzacooperative_vol2.pdf.

Fibo S.p.A., “Cos’è una cooperativa e come si costituisce”, http://www.fibo.it/download/fibo_manuale.pdf.

Federazione Regione Lombardia, LEGACOOP Regionale Cooperative e Mutue della Lombardia, CONFCOOPERATIVE Unione Regionale della Lombardia, “Diventare Cooperativa. Guida Pratica: Informazioni di Base”, <http://www.legacoop.mantova.it/legacoop/diventarecoop.pdf>.

Federazione Trentina della Cooperazione, <http://www.ftcoop.it/portal/Default.aspx?alias=www.ftcoop.it/portal/unodinoi>.

Legacoopbund: <http://www.legacoopbund.coop>

Legacoopbund, “Impresa cooperativa: Istruzioni d’uso”, 2011.

Legacoop Bologna & Legacoop Imola, Manuale per nuove Cooperative, http://www.farecooperativa.it/images/cke/files/manuale_nuovecooperative1.pdf.

Venturi, “Il collegio sindacale nelle società cooperative: Prima e dopo la riforma del diritto societario”, Tuttocamere, 2004, http://www.tuttocamere.it/files/dirsoc/COOP_Collegio_Sindacale.pdf.

Ultimo accesso ai link citati: 23.12.2013.